

MIETHAIE ZU FISCHSTÄBCHEN

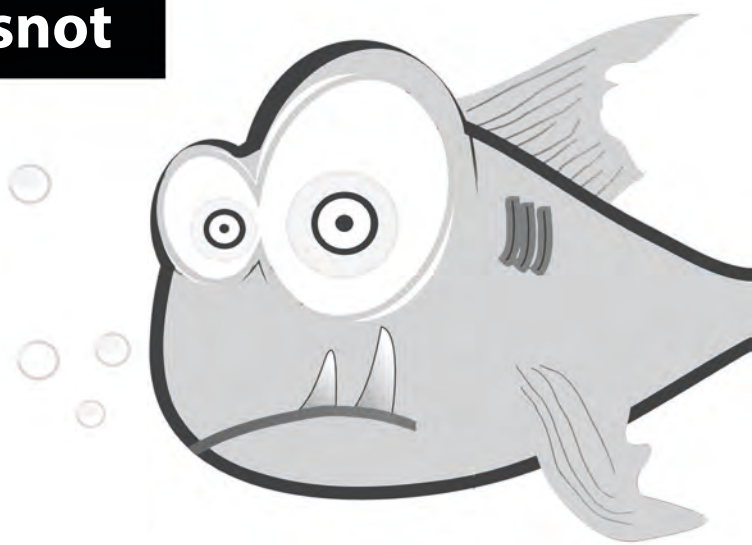
Widerstand gegen Mieterhöhungen, Wohnungsnot und Zwangsräumungen ...

In den letzten Jahren gewinnen die Kämpfe gegen Verdrängung und steigende Mieten zunehmend an Schärfe.

Fehlende Wohnheimplätze, Mieterhöhungen, unbezahlbare Mieten, Wohnungsnot und Zwangsräumungen: All das sind inzwischen flächendeckende Probleme, welche die soziale Sicherheit vieler Menschen in ihrem Kernbereich bedroht, nämlich der eigenen Unterkunft.

Gesetze der Landes- und Bundesregierung haben dieser unsozialen Entwicklung der Privatisierung und Deregulierung des Wohnungsmarktes Tür und Tor geöffnet.

Wohneigentum, das infolgedessen nicht mehr den Kommunen gehört, wird so zum Spielball der Märkte, stets auf der Jagd nach dem maximalen Profit.



Diese neoliberale Stadtpolitik, die auf »Aufwertung« abzielt, führt zunehmend zur Vertreibung von Menschen aus ihrem langjährigen Wohnumfeld und auf lange Sicht gar zum kompletten Austausch der Bevölkerung in manchen Stadtteilen.

Befeuert wird diese Entwicklung durch jenes Kapital, das nicht zuletzt in der Krise in den deutschen Immobilienmarkt geflüchtet ist. Doch diese als Gentrifizierung bekannt gewordene Stadtumstrukturierung ist keineswegs ein natürlicher Prozess, sondern wird durch wirtschaftliche und politische Weichenstellungen forciert – oder eben verhindert.

Eine soziale Wohnraumpolitik ist nur möglich, wenn der Geschäftemacherei mit Wohnungen und Grundstücken ein Riegel vorge-schoben wird. Nur so kann verhindert werden, dass sozial Benachteiligte nach und nach an den Stadtrand verdrängt werden, während begehrte Wohnlagen nur Vermö-genden zur Verfügung stehen.

Nicht selten unterliegen in diesem Wettbe-werb schon von vornherein Menschen mit negativen Schufa-Einträgen, Migrant*innen (oder jene, die dafür gehalten werden) sowie Jugendliche ohne Einkommenssicherheit und mit Eltern, die entweder nicht bürgen können oder wollen.

Zudem wurde es durch die Hartz-IV-Gesetze von SPD und Grünen erwerbslosen Jugendli-chen unter 25 sogar grundsätzlich verboten, eine eigene Wohnung zu beziehen. Im selben Zug mit diesen Gesetzen wurde der Mietzuschuss namens Wohngeld für alle Be-zieher*innen von Transferleistungen kom-plett gestrichen (wie z.B. Arbeitslosengeld II oder Asylbewerberleistungen). Ebenso sind Studierende oder Azubis, die BAföG bzw. BAB erhalten, nicht wohngeldberechtigt.

All diese Gruppen sind also besonders von Wohnungsnot betroffen, da einerseits die Mieten rasant steigen, die genannten Trans-ferleistungen in den letzten Jahren aber nur minimal erhöht wurden.

Ebenso müssen die willkürlichen Mietstei-gerungen gestoppt werden und eine Miet-preisbremse organisiert werden, die ihren Namen verdient.

Wer eine ausreichende und bezahlbare Versorgung für alle sicherstellen will, der muss Wohn-raum endlich wieder in die öffentliche Hand überführen.

Eine soziale Wohnungspolitik lässt sich folglich nur gegen die handfesten Ver-wertungsinteressen der Eigentümer*innen durchsetzen und zeigt, dass wir den Bau von und die Versorgung mit Wohnungen keinesfalls den privatwirtschaftlichen Einzelinteressen überlassen dürfen.

Wir brauchen mehr kommunales Wohnungseigentum, das sozialen Zielen verpflichtet ist, Wohnheime, sowie bewuss-te Beschränkungen von Luxussanierungen und der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen.

Leerstehende Immobilien, die auf einen höchstbietenden Käufer warten, müssen besetzt werden dürfen oder bei Wohnungs-notstand direkt vergesellschaftet werden.

Das lukrative Geschäft mit unserem Wohn-raum werden die Eigentümer*innen aller-dings nicht widerstandslos und schon gar nicht freiwillig aufgeben. Damit Wohnun-gen tatsächlich wieder uns allen gehören statt bloße Anlageobjekte zu sein, braucht es deshalb viel Druck und Ausdauer.

Kollektive Selbstorganisation kann helfen, um aus der ohnmächtigen Position der oft-mals verheerenden Einzelschicksale auszu-brechen und die gesamtgesellschaftliche Dimension des Konfliktes sichtbar zu machen.

Wir unterstützen in diesem Sinne Initiativen gegen profitgetriebene Wohnungspolitik in und vor allem außerhalb der Parlamente!

dielinke.sds
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

ViSdP. Ferguson O'Neil, dielinke.sds, Westring 385, 24118 Kiel